

Deutschland.

Berlin, 19. August. Die Nachrichten, welche im Ministerium des Auswärtigen vom preussischen Konsul aus Mexiko eingegangen sind, reichen bis zum 24. v. M. Bis dahin war noch keine Bestätigung eingetroffen, daß die Auslieferung der Leiche des unglücklichen Kaiser Maximilian an den preussischen Minister-Residenten v. Magnus erfolgt sei. Von letzterem konnte nur gemeldet werden, daß er bis zum 1. Juli sich in Potosi befindet. Sammelte von den Gegnern des Juarez besetzt gewesen Punkte befanden sich nach dem Konsularbericht am 24. in der Gewalt des Juarez. — Bis jetzt sind nur zwei Ernennungen zur Organisation des Bundeskanzler-Amtes erfolgt, die schon gemeldete des Geh. Ober-Reg.-Raths Delbrück als Präsidenten und die des bisherigen Bureau-Vorstanders bei der Königl. Ober-Postdirektion Rathle zum Bureau-Vorstand. Nicht weniger als 100 Bewerbungen um Anstellung im Bundeskanzler-Amt sind aber bis jetzt schon eingegangen. — In den Nachrichten und Korrespondenzen der Blätter aus Nassau bildet eigentlich die Jagdfrage seit langer Zeit das wichtigste Thema. Anfangs wurde man nicht müde über die Mißstände und verderblichen Verhältnisse der bestehenden Jagdverhältnisse und Gesetze zu klagen und die Organisation nach preussischem Muster zu verlangen, wobei auch die Sorge vor einer etwaigen Verpflichtung zur Entschädigung der Berechtigten bei der Ablösung in den Vordergrund trat. Durch den Erlaß eines neuen Jagdgesetzes vom 30. März wurde den Klagen der Grundstücksbesitzer volle Abhilfe gewährt. Das neue Gesetz war dem altpreussischen Jagdgesetz vom 7. März 1850, mit welchem die Bevölkerung in Preußen überall zufrieden ist, ziemlich gleich, und auch die Entschädigungsfrage wurde den allgemeinen Wünschen entsprechend gelöst, indem man auf die Entschädigung zu Gunsten des Fiskus oder der Domänen vollständig verzichtete und nur den berechtigten Privaten gegenüber eine solche in leicht zu erfüllender Weise festsetzte. Zur Ausführung des betreffenden Jagdgesetzes erschien jedoch eine Instruktion der Regierung vom 20. Mai d. J. nach geschehener Prüfung und Bestätigung derselben durch das Ministerium für landwirtschaftliche Angelegenheiten, welche ebenfalls den in altpreussischen Landbeständen bestehenden Bestimmungen ziemlich gleich und unter Benützung der hier seit 1850 gemachten Erfahrungen, sowie nach Maßgabe der seit Einführung des Gesetzes zur Erläuterung erlassenen Reskripte ausgearbeitet war. Dem Gesetz und dessen Handhabung liegt das auf Erfahrung begründete Prinzip zu Grunde, daß ein mäßiger Wildstand volkswirtschaftlich nützlich sei, weil er ohne erheblichen Schaden, bezüglich einer diesen weit überwiegender Menge und Nahrungsquelle gewährt, und daß zu diesem Zweck sich die Erhaltung größerer Jagdreviere von wenigstens 300 Morgen Land am besten bewähre. Die Höhe des Wildstandes wird durch bezügliche jagdpolizeiliche Bestimmungen und die Aufsichtsbehörden in den erforderlichen Schranken gehalten. Die daraus fließende Rente durch Verpachtung des Jagdrechts fällt natürlich den Grundstücksbesitzern zu und innerhalb gewisser Vorschriften steht Jedem die Pachtung eines Jagdrechts frei, der eben das höchste Gebot thut. Man sollte meinen, daß diese Grundsätze ebenso gerecht und leicht verständlich seien, als sie den rationellen wirtschaftlichen Prinzipien entsprechen. Die Mißstände aber, welche wohl unter den früheren Verhältnissen und herrschaftlichen Privilegien auf der ländlichen Bevölkerung gelastet haben mögen, scheinen auch Vorurtheile befestigt und den freien Blick für die geschehene Abhilfe getrübt zu haben; denn ehe noch die neue Ordnung in Wirksamkeit treten und deren heilsame Folgen also sichtbar werden konnten, erhob sich schon wieder das Mißtrauen und das Klagegeschrei nicht gegen das Gesetz selbst, aber gegen die Ausführungs-Instruktion, in welcher man alle möglichen Gefahren erblickte, weil man nicht besonnen genug war, das Resultat abzuwarten und nach den Erfahrungen in Preußen zu prüfen. Natürlich bemächtigte sich auch die politische Agitation schnell des Stoffes und suchte die ängstlichen Gemüther noch mehr irre zu leiten, anstatt sie aufzuklären. Nachdem jetzt aber die öffentlichen Verpachtungen schon gänzliche Resultate geliefert haben und man zu einsichtiger Prüfung der neuen Ordnung Zeit gefunden hat, scheint man sich im Allgemeinen der Zustimmung nicht mehr entziehen zu wollen. Zur einer richtigen Würdigung der Grundlosigkeit aller Klagen über Fortdauer eines zu hohen Wildstandes, um ein Beispiel herauszuheben, muß man leicht kommen, wenn man sich vergegenwärtigt, daß die Staatsregierung oder speziell das landwirtschaftliche Ministerium doch gewiß kein Interesse hat, durch zu hohen Wildstand die Landwirtschaft zu Gunsten weniger Jagdliebhaber auf Kosten der Steuerkraft zu benachteiligen; solche Anschauungen und Besorgnisse können nur unter kleinthaaligem Regime Platz greifen, in einem großen Staate (namentlich in Preußen) widersprechen sie der Erfahrung.

Berlin, 19. August. Ihre Majestäten der Königl. und die Königl. von Schweden nebst der Prinzessin Louise, so wie Ihre Königl. Hoh. der Prinz und die Prinzessin der Niederlande nebst der Prinzessin Marie trafen heute Vormittag um 11 Uhr 20 Min. auf dem Potsdamer Bahnhofe hierseits ein. Sr. Königl. Hoh. der Kronprinz hatte die hohen Gäste in Potsdam begrüßt und hierher begleitet, wo sie von Sr. Majestät dem Könige und Sr. Königl. Hoh. dem Prinzen Karl von Preußen empfangen wurden. Auch waren der General der Kavallerie Graf v. Waldersee, die Generalleutnants v. Löwenstern und v. Alvensleben, Kommandeur der Garde-Kavallerie-Division, die Generalmajor v. Treckow, v. Pape und mehrere Andere, so wie das Königl. schwedische Gesandtschafts-Personal und der Polizei-Präsident v. Wurmb gegenwärtig. Auf dem Perron des Bahnhofes war eine Ehrenwache vom Garde-Füsilier-Regiment mit der Fahne und der Regimentsmusik aufgestellt, welche bei Ankunft der Allerhöchsten Herrschaften

die Honneurs machten. Nach Begrüßung Ihrer Majestäten führten Allerhöchstdieselben nach dem Königl. Palais, bez. nach dem niederländischen Palais. Nachmittags fand im kaiserlichen Königl. Schlosse ein Gala-Diner statt. Der General-Lieutenant und Kommandeur der Garde-Kavallerie-Division v. Alvensleben, so wie der General-Major und Kommandeur der 2. Garde-Infanterie-Brigade v. Pape sind bei Sr. Maj. dem Könige von Schweden während Allerhöchstdessen Anwesenheit hierseits zur Aufwartung kommandirt. Die schwedischen Majestäten sind auch im niederländischen Palais abgefliegen und gedenken, dem Vernehmen nach, bis Mittwoch hier zu verweilen, dann mit Ihren Königl. Hohheiten dem Prinzen und der Frau Prinzessin Friedrich der Niederlande nach Muskau zu reisen und, nach etwa achtstägigem Aufenthalt dort, über Berlin nach Stockholm zurückzufahren.

Der König von Schweden ertheilte gestern Nachmittags im niederländischen Palais Audienz. Unter den empfangenen Personen befand sich auch der Minister-Präsident Graf Bismarck.

Der König nahm am Sonntag Vormittag die Meldungen der Generale v. Alvensleben und v. Pape, beide zur Aufwartung bei dem König von Schweden kommandirt, entgegen, und arbeitete bis zum Diner mit dem Ministerpräsidenten. Das Diner fand in Glienke bei dem Prinzen und der Prinzessin Karl statt, worauf Sr. Majestät der Königl. Wittve einen Besuch in Sanssouci machte und Abends 8½ Uhr per Eisenbahn nach Berlin sich begab.

Wir begegnen seit Kurzem in der Tagespresse — vornehmlich in süddeutschen Blättern — Auslassungen, welche beweisen, daß die Hoffnung, das in Hannover entthronte Welfenhaus in Folge eines mit der braunschweigischen Linie abgeschlossenen Erbfolgevertrages wieder auf den Thron erhoben zu sehen, in gewissen Kreisen immer noch nicht erloschen ist. Derartige Hoffnungen basiren auf einer gänzlichen Unkenntnis staatsrechtlicher Verhältnisse. Mit der Annexion Hannovers sind sämtliche Souveränitätsrechte des Königs Georg auf den König von Preußen übergegangen, ebenso die Verpflichtungen. Erbfolgeverträge werden niemals einseitig abgeschlossen, sondern beruhen stets auf Gegenseitigkeit. Wenn nun — was zwar nicht wahrscheinlich, aber immerhin möglich ist — die hannoversche Linie des Welfenhauses eher erlöscht, als die welfenbühler, wie wollte dann König Georg ohne Land seinen aus jenem Erbfolge-Vertrage flammenden Verpflichtungen nachkommen?

Die Lehrer an den Gymnasien und Realschulen berathen jetzt eine Petition, die darum klickt, die Sommerferien mit den Herbstferien zu vereinen, und also die schulfreie Zeit in einem Stücke zu gewähren. Es würde dies für Viele, auch Schüler und Eltern, in Hinsicht der Reisen sehr lieb sein.

Nach einer Privatdepesche der „Hamb. Nachr.“ besucht die Kaiserin der Franzosen, von Salzburg aus die Mutter Kaiser Maximilians, Erzherzogin Sophie, in Sicht.

Am 16. d. M. Abends verschied nach kurzer Krankheit im 85ten Jahre seines Alters der Bischof von Ermland, Dr. Josephus Ambrosius Werth. Derselbe, gleich ausgezeichnet durch die strengste Pflichterfüllung wie durch eine unerhöpliche Wohlthätigkeit, mit der er alles Gute förderte, hat der Diözese 61 Jahre als Priester angehört und ihr 25 Jahre als Bischof vorgestanden, nachdem er vorher schon 2 Jahre ihr Weihbischof gewesen.

Der Bundesrath wird, ehe er an die seiner Beschlußnahme unterbreiteten Gesetzesvorlagen geht, einige formelle Geschäfte von großer Wichtigkeit zu erledigen haben. Zunächst handelt es sich um die Feststellung seiner Geschäftsordnung, für welche ein Entwurf von Seiten des Bundeskanzlers vorgelegt worden ist und welche viele konstitutive Vorschriften der Bundesverfassung als Normen für die Praxis des Bundesrathes zu präzisiren hat. Ferner sind die Wahlen für die dauernden Sachausschüsse des Bundesrathes vorzunehmen. Nach Artikel VIII. der Bundesverfassung sollen bekanntlich aus der Mitte des Bundesrathes sieben dauernde Ausschüsse gebildet werden, nämlich 1) für das Landheer und die Festungen, 2) für das Seewesen, 3) für Zoll- und Steuerwesen, 4) für Handel und Verkehr, 5) für Eisenbahnen, Post und Telegraphen, 6) für Justizwesen und 7) für Rechnungswesen. Die Verfassung schreibt vor, daß in jedem dieser Ausschüsse außer dem Präsidium mindestens zwei Bundesstaaten vertreten sein sollen, und zwar mit der Maßgabe, daß in den Ausschüssen jeder Staat nur eine Stimme führt. Die Mitglieder der beiden ersten Ausschüsse für das Landheer und für das Seewesen werden vorschlagsmäßig vom Bundes-Feldherrn ernannt, die der übrigen Ausschüsse sind vom Bundesrath zu wählen. Aus der Natur der Dinge ergibt es sich, daß die Wahlen, welche nur für eine Session Gültigkeit haben, am Beginn jeder Session vorzunehmen sind, da die Ausschüsse den Stoff für die Plenarberatungen vorzubereiten haben. Es liegt, wie verlautet, in der Absicht, die drei Ausschüsse für das Landheer und die Festungen, für Eisenbahnen, Post und Telegraphen und für Rechnungswesen aus fünf Mitgliedern zusammenzusetzen, während für die übrigen Ausschüsse das Minimum der Mitgliederzahl von drei festgehalten wurde. Von den sämtlichen Ausschüssen dürften jedenfalls drei, nämlich die Ausschüsse für Zoll- und Steuerwesen, für Handel und Verkehr und für Rechnungswesen, nicht bloß während der Sessionen thätig sein, sondern auch für die Zwischenzeit in Wirksamkeit bleiben. Was das dem Bundesrath vorgelegte Freizügigkeitsgesetz betrifft, so wird von offiziöser Seite berichtet, daß die Regierung schon seit einiger Zeit beabsichtigt, die in dieser Beziehung bereits in den alten Provinzen gesetzlich normirten Grundsätze im Wege der Verordnung auch sofort für die neuen Landestheile zur Geltung zu bringen. Die Ausführung dieses Vorhabens unterbleibt einweilen, weil es angemessen erscheint, die Reform gleichzeitig für das ganze Bundesgebiet ins Leben treten zu lassen.

Am Oberbaum wurde gestern Abend auf der Spree eine Gondel mit mehreren Personen von einem Dampfboot überfahren. Fünf Personen ertranken; bis jetzt sind erst zwei Leichen aufgefunden.

Dem Gesuche der städtischen Behörden in Frankfurt a. M. um Aussetzung der Verhandlungen über die Auseinandersetzung der finanziellen Verhältnisse (Trennung des Staats- von dem Stadt-Vermögen) bis zur Konstitutionierung der neuen Behörden, muthmaßlich am 1. Oktober, ist bekanntlich ein willfähriger Bescheid geworden, und hören wir jetzt auch hier bestätigen, daß nach den wohlwollenden Äußerungen des Königs bei seinem Empfange am 15. August alle Hoffnung vorhanden, diese für Frankfurt so wichtige Angelegenheit eine günstige Wendung nehmen zu sehen.

Wie die „V. B. Z.“ berichtet, hat das Telegraphenbureau zu London beschlossen, eine Filiale am hiesigen Platz zu errichten und dieselbe mit dem 1. nächsten Monate in Wirksamkeit treten zu lassen, so daß hierdurch also eine den Interessen des Publikums sicherlich förderliche Konkurrenz dem Wölfschen Telegraphenbureau bereitet wird. Das Reutersche Bureau hat sich in seinem umfangreichen überlieferten Wirkungskreise so allseitig bewährt, daß man sicher auch seiner hiesigen Thätigkeit mit Vertrauen entgegensehen darf. Die Leitung des hiesigen Bureaus übernimmt Hofrath Albers, die Lokaltät des neuen Instituts sind an der Ecke der Behren- und Marktgrafenstraße eingerichtet worden.

Wie es heißt, steht die Vertagung der braunschweigischen Stände bevor, weil von ihnen die Annahme eines Antrages auf Abschluß einer Militär-Konvention mit Preußen zu erwarten stand, während der Herzog von einer ferneren Beschränkung seiner militärischen Oberhoheit nichts wissen will.

Die Verhandlungen mit dem Herzog von Nassau bezüglich der Domänen-Angelegenheit sind immer noch nicht beendet. Der Bevollmächtigte des Herzogs, Herr v. Heemeler, ist zur Fortsetzung der Verhandlungen kürzlich wieder hierher zurückgekehrt.

Aus Konstantinopel wird der „Presse“ telegraphirt: Die amerikanische Regierung hat eine ernste Note über die landwirthschaftliche Frage an die Pforte gerichtet.

Die „Post“ vernimmt, es stehe die Errichtung eines Militär-Gouvernements für Hessen und Hannover bevor, welches einem Prinzen mit der Residenz Kassel werde übertragen werden.

Hannover, 18. August. Der Herr General-Gouverneur, der vergangene Nacht von Kassel, wohin sich derselbe mit dem Frhrn. v. Hardenberg begaben hatte, zurückgekehrt ist, hat dort mit letzterem eine längere Audienz bei Sr. Maj. dem Könige gehabt. Beide Herren wurden später zur königlichen Tafel und zu der Abends stattgehabten Theatervorstellung befohlen. Von Krefensen aus, bis wohin der General-Gouverneur und der Frhr. v. Hardenberg den Zug Sr. Majestät begleitet hatten, leiteten dieselben nach Hannover zurück. Auf allen Stationen und namentlich in Minden und Göttingen sollen, wie ich höre, zahlreiche Menschenmassen sich versammelt haben, um Sr. Majestät zu begrüßen. Überall wurde Allerhöchstdieselbe mit donnernden Hochs empfangen.

Kassel, 18. August. Ueber eine Ansprache des Königs an die evangelische Geistlichkeit, am 16. gehalten, berichten die „Ev. Bl.“ wie folgt: „Nachdem Sr. Majestät der König vor die im großen Saale des neuen Palais versammelten Staatsdiener und Geistlichen getreten war, gerühte Allerhöchstdieselbe, sich zuerst die Geistlichen einzeln vorstellen zu lassen und dann eine kurze, aber bedeutungsvolle Ansprache an sie und damit zugleich an ihre Amtsbrüder im Lande zu richten: Er habe vernommen — so ungefähr äußerte sich Sr. Majestät — daß manche unter den Geistlichen Besorgnisse vor Maßregeln hegten, welche den Verhältnissen schaden würden. Solche Besorgnisse seien ganz unbegründet. Die Union habe er als ein heiliges Erbe von seinen Vorfahren übernommen und müsse sie als theures Vermächtniß heilig halten; er hoffe auch, daß die Vereinigung auch immer weitere Fortschritte zum einheitlichen großen Ganzen machen werde. Aber das müsse eine Vereinigung aus freier Ueberzeugung sein; aufzwingen solle sie Niemandem werden; sie sei Sache freier christlicher Ueberzeugung und Liebe. Er habe dies nur erwähnen wollen, um unbegründeten Besorgnissen zu begegnen.“

Frankfurt a. M., 16. August. Zum Brande wird der „Elbf. Z.“ noch gemeldet, daß am 16. d. früh prussische Soldaten noch die Leiche eines Feuerwehmannes und die eines Einwohners von Worms fanden, welchen letzteren man gegeben hatte, wie er das fünfjährige Kind des Thürmers vom Pfarrthurm aus den Flammen rettete. Ein Hausbursche der Müllerschen Brauerei wird noch vermißt.

Ausland.

Wien, 18. August. (Post.) Während Salzburg im Festschmuck das französische Kaiserpaar erwartet, ist die hiesige Stimmung keineswegs eine freundliche. Im Gegentheil, man fühlt sich bei dem Gedanken, daß dem festlichen Zusammensein beider Kaiserpaare politische Besprechungen nicht fern bleiben werden, wie vor einem ängstlichen Geheimniß gedrückt. Die „N. Fr. Pr.“ erinnert daran, daß über jeder Verbindung, die Oesterreich und Frankreich mit einander eingehen, ein düsteres Verdängniß walte. Marie Antoinette war als Gemahlin Ludwigs XVI. ein Opfer der Schuld, welche das alte Regime der Bourbons in Frankreich aufgehäuft hatte, und von der Revolution schonungslos verschlungen. Ihr Sohn, Ludwig XVII., starb im Gefängniß. Wieder eine österreichische Kaiserin, Marie Louise, ward von dem Manne, der sich als Bändiger der Revolution auf einem Kaiserthron geschwungen hatte, dazu auserlesen, um an ihrer Hand den Bund mit der Legitimität zu schließen. Und die Kaiserin und ihr Sohn, der König von Rom, mußten mehrere Jahre darauf erleben, wie der Uebermuth des mächtigen Bezwingers der Revolution seine Ruhe hatte,

London, 19. August. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Getreidemarkt sehr ruhig, keine Kauflust. Weizen nur 1—2 Sp. billiger verläuslich. Hafer williger. Sehr schönes Wetter.